

# Auf den letzten Drücker zu EAM

**FRIESENHAGEN**

SPD-Mehrheit beschloss Beteiligung am Energieversorger

thor ■ Mit knapp einjähriger „Verspätung“ hat es die Ortsgemeinde Friesenhagen doch noch geschafft: Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und von Ortsbürgermeister Norbert Klaes beschloss der Rat gestern Abend eine Beteiligung am kommunalen Energieversorger EAM. Die CDU-Fraktion votierte geschlossen dagegen. Bereits Ende 2014 hatte Friesenhagen mit gleichen Mehrheitsverhältnissen für einen Beitritt gestimmt, seinerzeit war man aber noch wegen der Übernahme einer Bürgerschaft auf die Zustimmung des Verbandsgemeinderats Kirchen angewiesen – der diese prompt verweigert hatte.

Nunmehr haben sich die Vorzeichen insofern geändert, dass Friesenhagen autark über eine Mitgliedschaft im sogenannten „Zweckverband EAM Beteiligung im Landkreis Altenkirchen“ entscheiden kann. Dieser wiederum ist Mitglied einer vorgeschalteten GmbH, die ihrerseits Anteilseigner von EAM ist.

Vor allem für Ortsbürgermeister Klaes dürfte der gestrige Beschluss eine späte Genugtuung sein, hatte er doch das Verhalten des Verbandsgemeinderats gegenüber der Ortsgemeinde massiv kritisiert. An direkten Kosten fallen für Friesenhagen zwar nur 1250 Euro an, allerdings übernimmt man jetzt das Bürgerschaftsrisiko für rund 700 000 Euro. Wie komplex

die Materie ist, mag man daran erkennen, dass für den Beitrittsbeschluss zehn einzelne Abstimmungen notwendig waren. Es war gestern überhaupt die letzte Möglichkeit für die Gemeinde, noch bei EAM einzusteigen. Den heutigen 15. Oktober hat das Unternehmen als eine Art „Deadline“ gesetzt.

Die Argumentation im Rat Friesenhagen hatte sich nur wenig geändert. Klaes sieht in einer Beteiligung die Chance, angesichts des immer weiter schwindenden Eigenkapitals den Haushalt zu konsolidieren. Bereits 2026 könnte das aufgebaute Vermögen so hoch wie die Restbürgerschaft sein, daher sprach er von einem „wertschöpfenden Geschäft“.

SPD-Fraktionssprecher Werner Losert wies darauf hin, dass die 109 an EAM beteiligten Kommunen in einem Jahr bereits 21 Mill. Euro erlöst hätten. Und dennoch sei es keine Frage, dass eine Beteiligung an EAM nicht risikofrei sei: „Es gibt keine Glaskugel, in der wir in die Zukunft schauen und mögliche gesellschaftliche Entwicklungen voraussehen können.“ Dennoch überwiegen für Losert die Vorteile: EAM sei ein rein kommunales Unternehmen, man habe eine entsprechende Einflussnahme und hoffe so u. a. auf einen weiteren Abbau von Strommasten zugunsten der Erdverkabelung. Auch Fraktionskollege Horst Reimann sah die

Sache ähnlich. Natürlich wisse niemand, was die Zukunft bringen werde, aber: „Die 109 Kommunen können doch nicht alle doof sein.“

Damit hatte der Sozialdemokrat auf die großen Vorbehalte aus den Reihen der CDU reagiert. Fraktionsvorsitzender Michael Schüttler konnte schließlich auch nach einem Jahr von einer Beteiligung an EAM nur abraten: „Es ist ein rein spekulatives Geschäft über einen Zeitraum von 30 Jahren. Letztlich spekulieren wird mit den Steuergeldern unserer Bürger.“ Und überhaupt: Warum wollten die jetzt schon beteiligten Kommunen Anteile verkaufen, wenn die Rendite doch so hoch sei? Bestimmt nicht aus Nächstenliebe. Die versprochenen Gewinne erscheinen dem Christdemokraten nach wie vor deutlich zu hoch. Für Schüttler ist die Struktur mit verschiedenen GmbHs nur schwer zu durchschauen, er selbst habe das „Geflecht“ in Teilen nicht verstanden. Die CDU befürchtet zudem durch die Übernahme der Bürgerschaft negative Auswirkungen auf das Rating der Gemeinde und damit auf noch anstehende Investitionen.

Ein Scharmützel entwickelte sich im Rahmen der Diskussion noch über die von der CDU im Februar beantragte Bürgerbefragung, die Norbert Klaes seitdem nicht mehr auf die Tagesordnung einer Ratssitzung gesetzt hatte (Bericht folgt).